

Kinder oder Karriere?

Vertiefung



Inhalt

Einführung

1. Gegenstimmen

- Bettina Wegner: „Sind so kleine Hände“, 1978
- Eingabe von Frauen gegen das neue Wehrdienstgesetz, 12.10.1982

2. Dokumente über die oppositionelle Gruppe „Frauen für den Frieden“

- Vorschlag zum Anlegen eines zentralen operativen Vorgangs, 12.6.1985
- Bearbeitungskonzeption, 13.6.1985

Einführung zu Frauen in der DDR

Schon während der letzten Kriegsjahre mussten Frauen die Arbeitskraft der Männer ersetzen, die im Krieg kämpften, ums Leben oder in Gefangenschaft gekommen waren. Nach dem Krieg blieben berufstätige Frauen für den Wiederaufbau Deutschlands wichtig. In der DDR blieb jedoch der Arbeitskräftebedarf auch weiterhin hoch. Einerseits fehlten Fachkräfte wegen deren Flucht oder Abwanderung in die Bundesrepublik (bis zum Bau der Berliner Mauer 1961), andererseits erforderte der Nutzung zunehmend veralteter Technik einen hohen Personalaufwand. Finanzielle Selbstständigkeit und die Berufstätigkeit der Frau waren aber auch traditionelle Forderungen der Frauenbewegung und entsprachen der Idee des Sozialismus.

Aus all diesen Gründen heraus förderte die DDR-Regierung die Erwerbstätigkeit von Frauen. Während 1950 nur 49 % der Frauen berufstätig oder in einer Ausbildung waren, belief sich ihr Anteil 1989 auf mehr als 90 %. Der Anteil der Studentinnen an den Universitäten erhöhte sich von 25,2 % im Jahr 1960 auf 50,2 % 1987. „Nur-Hausfrauen“ gab es in der DDR 1989 kaum mehr. Sie waren gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert. Die Hauptverantwortung für Einkaufen, Putzen, Waschen, Kochen und Kindererziehung oblag dennoch traditionell den Frauen – auch wenn Männer in der Regel im Haushalt mithalfen.

Da Frauen aber nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Mütter sein sollten, stärkte bereits das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ vom 27. September 1950 die Rechte der Frau gegenüber der Gesellschaft. Es verpflichtete Männer zur Mitarbeit bei der Kinderbetreuung und im Haushalt und Arbeitgeber zu familienfreundlicher Betriebs- und Arbeitszeitgestaltung. Die Regierung wiederum sollte gezielt dafür werben, das Ansehen der berufstätigen Frau positiv in der Gesellschaft zu verankern, und durch staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen die Mütter entlasten. In den 1960er Jahren setzte daher der massive Ausbau von Kinderkrippen und Kindergartenplätzen ein, 1961 folgten ein bezahlter „Haushaltstag“ im Monat und 1976 das bezahlte „Babyjahr“.

Gekoppelt waren die Erleichterungen an die Vorstellung, die von männlicher Bevormundung befreiten und finanziell unabhängigen Frauen würden automatisch zu aktiven Kämpferinnen für den Sozialismus. In diesem Sinne verstand sich auch der 1947 gegründete und bald der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands untergeordnete Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD).

Für systemkritische Frauengruppen bot der DFD keinen Platz. Frauen, die sich seit den frühen 1980er Jahren auch in der DDR gegen das weltweite Wettrüsten, für den weltweiten Abbau von Feindbildern und für ein generelles Umdenken einsetzten, galten der SED als feindlich. Sie folgten nicht der Führung der Partei, sondern widersetzten sich staatlichen Doktrinen. Indem sie ihre Kinder gemäß dem Ideal der Gewaltfreiheit erzogen, staatsunabhängige Kinderbetreuung organisieren wollten und öffentliche Diskussion forderten, gerieten sie in das Visier der Stasi. Die Themen der oppositionellen Frauen reichten von der Wehrdienstverweigerung bis zum Scheidungsrecht, dem Leben mit der Mauer und den Folgen von Haft bis zu Gentechnik, den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl oder der Situation der Menschenrechte in der DDR.

Die Dokumente der Arbeitsblätter zeigen „Gegenstimmen“ von Frauen gegen die Politik der SED. Anhand der Biografie von Bettina Wegner wird nachvollziehbar, wie die Stasi gegen eine Systemkritikerin vorging und wie subtil sich diese durch ein Lied wehrte. Ein weiteres Schlüsseldokument ist die Eingabe von Frauen gegen das neue Wehrdienstgesetz von 1982. Es erhellt die Motive und Ziele oppositioneller Frauen, die gerade erst begannen, Gruppen zu bilden. Weitere Dokumente zeigen die Überwachung und Drangsalierung der DDR-Gruppierungen der „Frauen für den Frieden“ durch die Stasi.

Die Arbeitsblätter können in **Einzel- oder Partnerarbeit** erarbeitet, anschließend die Ergebnisse präsentiert oder in der gesamten Klasse diskutiert werden.

1. Gegenstimmen

Bettina Wegner: „Sind so kleine Hände“, 1978



Bettina Wegner, 1969
(Foto: BStU, MfS, HA XX/Fo/1278)

„Mein Grunderlebnis war, mit 20 Jahren ins Gefängnis zu kommen und ein fünf Monate altes Kind zu haben, das ich noch gestillt habe und dann nicht mehr stillen konnte.“ sagt Bettina Wegner über ihre Verhaftung. Ihr „Verbrechen“ war ihr Protest gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“, der Reformbewegung in der Tschechoslowakei 1968.

Ihr Lied „Sind so kleine Hände“ von 1978 wurde in ganz Deutschland bekannt:

<p>Sind so kleine Hände winz'ge Finger dran. Darf man nie drauf schlagen die zerbrechen dann.</p> <p>Sind so kleine Füße mit so kleinen Zehn. Darf man nie drauf treten könn' sie sonst nicht gehn.</p> <p>Sind so kleine Ohren scharf, und ihr erlaubt. Darf man nie zerbrüllen werden davon taub.</p> <p>Sind so kleine Münder sprechen alles aus. Darf man nie verbieten kommt sonst nichts mehr raus.</p>	<p>Sind so klare Augen die noch alles sehn. Darf man nie verbinden könn' sie nichts mehr sehn.</p> <p>Sind so kleine Seelen offen ganz und frei. Darf man niemals quälen gehn kaputt dabei.</p> <p>Ist so'n kleines Rückgrat sieht man fast noch nicht. Darf man niemals beugen weil es sonst zerbricht.</p> <p>Grade, klare Menschen wär'n ein schönes Ziel. Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zuviel.</p>
---	---

(Quelle: http://www.deanita.de/kinder/kinder_gedicht02.htm, Aufruf am 21.07.2014)

Aufgabenteil

- Recherchieren Sie im Internet die Biografie von Bettina Wegner und stellen Sie die wichtigsten Ereignisse in ihrem Leben vor.
- Wählen Sie vier Strophen des Liedes aus und beschreiben Sie mit eigenen Worten, was Bettina Wegner befürchtet.
- Das Lied ist in der Bundesrepublik vor allem als Appell für gewaltfreie Erziehung verstanden worden, nicht als politische Anklage. Überlegen Sie, wie derselbe Wortlaut so gegensätzlich aufgefasst werden konnte.
- Was ist Ihrer Meinung nach nötig, damit Kinder „grade, klare Menschen“ werden?

1. Gegenstimmen

Eingabe von Frauen gegen das neue Wehrdienstgesetz, 12.10.1982 (Blatt 1/2)

Geehrter Herr Staatsratsvorsitzender!

In diesem Brief möchten wir Ihnen einige Gedanken vorlegen, die uns seit der Verabschiedung des neuen Wehrdienstgesetzes vom 25.3.1982 in Bezug auf die Wehrpflicht für Frauen bewegen.

Wir sind Frauen, mit und ohne Kinder, katholisch, evangelisch oder nicht kirchlich gebunden, einige von uns haben einen Krieg erlebt, anderen ist diese böse Erfahrung erspart geblieben, aber eines verbindet uns, dass wir nicht gleichgültig sind und nicht unsere schweigende Zustimmung zu einem Gesetz geben wollen, das den Frauen ganz neue Pflichten auferlegt, die nicht mit unserem Selbstverständnis zu vereinbaren sind.

- Wir Frauen wollen den Kreis der Gewalt durchbrechen und allen Formen der Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung unsere Teilnahme entziehen.
- Wir Frauen sehen den Armeedienst für Frauen nicht als Ausdruck ihrer Gleichberechtigung, sondern als einen Widerspruch zu ihrem Frau Sein. Wir sehen unsere Gleichberechtigung dem Mann gegenüber nicht darin, dass wir neben den Männern stehen, die die Waffe in die Hand nehmen, sondern neben denen, die wie wir erkannt haben, dass die Abstraktion „Feind“ und „Gegner“ eigentlich Menschenvernichtung bedeuten, die wir ablehnen.
- Wir Frauen verstehen die Bereitschaft zum Wehrdienst als eine Drohgebärde, die dem Streben nach moralischer und militärischer Abrüstung entgegensteht und die Stimme der menschlichen Vernunft im militärischen Gehorsam untergehen lässt.
- Wir Frauen fühlen uns besonders dazu berufen, das Leben zu schützen, die alten, kranken und schwachen Menschen zu unterstützen. Gegen den Krieg und für den Frieden tätig zu sein kann nur im sozialen und erzieherischen Bereich geschehen, wenn wir nicht vor der künftigen Generation versagen wollen.
- Wir Frauen wehren uns dagegen, dass wir eines Tages in den Reihen der NVA stehen und ein Land verteidigen sollen, das unbewohnbar sein wird, selbst nach einem konventionellen Krieg, der in Europa wahrscheinlich in einer nuklearen Katastrophe enden würde.
- Wir Frauen glauben, dass die Menschheit heute an einem Abgrund steht und dass die Anhäufung von weiteren Waffen nur zu einer wahnsinnigen Katastrophe führt. Dieser schreckliche Untergang kann vielleicht verhindert werden, wenn alle Fragen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, öffentlich diskutiert werden. Laut Artikel 65, Absatz 3 der Verfassung der DDR sind Entwürfe grundlegender Gesetze vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung zu unterbreiten, um die Ergebnisse der Volksdiskussion bei der endgültigen Fassung auszuwerten. Unserer Meinung nach handelt es sich um ein grundlegendes Gesetz auf Grund seiner Thematik und nicht zuletzt deshalb, weil die Hälfte der Bevölkerung der DDR unmittelbar betroffen ist.
- Wir Frauen erklären uns nicht dazu bereit, in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen zu werden, und fordern eine gesetzlich verankerte Möglichkeit der Verweigerung. Das Recht der Verweigerung ist notwendig, weil sich durch Erlass dieses Gesetzes, das den Frauen die Pflicht zu einem allgemeinen Wehrdienst auferlegt, eine Einschränkung unserer Gewissensfreiheit ergibt.

Da zu diesem Gesetz keine öffentlichen Diskussionen möglich waren, haben einige von uns diese auf dem Weg der Eingabe erbeten, andere hofften, sich an den sich daraus ergebenden Gesprächen beteiligen zu können. Leider sind diese Erwartungen enttäuscht worden, denn es fand sich niemand bereit, ein Gespräch über die uns so dringend beschäftigenden Fragen zu beginnen.

Die Rede, die das Akademiemitglied Prof. Arbatow auf dem Friedenskongress der Weltreligionen in Moskau gehalten hat, ermutigte uns, uns noch einmal mit unseren Fragen an Sie zu wenden. Wir sprechen die Bitte aus, dass auch die für dieses neue Wehrdienstgesetz Verantwortlichen die Bereitschaft aufbringen, ein offenes Gespräch zu führen. Sicher ist Ihnen diese Rede bekannt, trotzdem möchten wir einige Sätze zitieren.

1. Gegenstimmen

Eingabe von Frauen gegen das neue Wehrdienstgesetz, 12.10.1982 (Blatt 2/2)

Prof. Arbatow geht u.a. auf die psychologischen und moralischen Verbündeten des Wettrüstens ein und erwähnt dabei den Mythos, dass die Anhäufung von Waffen und Streitkräften zur Sicherheit beitragen würde.

„Alle diese Mythen fördern das Wettrüsten. Man versucht sie heute in die Form komplizierter Auffassungen und Rätsel zu hüllen, indem man eine für Laien unverständliche Terminologie gebraucht. Ich schließe nicht aus, dass das speziell gemacht wird, um sich von ‚Uneingeweihten‘, vom ‚Mann auf der Straße‘ zu distanzieren. Man sagt sogar manchmal, man solle diesen Mann nicht zu Fragen der Kernwaffen, zu Problemen von Krieg und Frieden heranlassen, denn er werde alles durcheinander bringen und schaden. Aber meiner Meinung nach ist das der größte, gefährlichste und schädlichste Mythos! ... Dieses Problem soll mit aktiver Teilnahme aller gelöst werden, ... wenn sie den Menschen und nicht den Waffen dienen wollen.“

Ein besseres Plädoyer für die Notwendigkeit unserer Eingabe hätten wir nicht finden können.

Wir bitten Sie, uns die Möglichkeit für ein offenes Gespräch zu geben.

Quelle: <http://www.ddr89.de/ddr89/vor/eingabe.html>, Aufruf 25.08.2014

Erläuterungen:

Eingabe	Durch Eingaben, d.h. Beschwerdebriefe an staatliche Stellen, Betriebe und Institutionen, durften DDR-Bürger ihrem Unmut über staatliche Entscheidungen oder wirtschaftliche Probleme Ausdruck verleihen.
Friedenskongress	Vom 10. bis 14. Mai 1982 hatte die russisch-orthodoxe Kirche Vertreter aller Weltreligionen zu einem Friedenskongress nach Moskau eingeladen.
konventioneller Krieg	Krieg, in dem keine Atomwaffen (Nuklearwaffen) eingesetzt werden.
NVA	Nationale Volksarmee, Armee der DDR
Prof. Arbatow	Georgij Arbatow (1923-2010), sowjetischer Historiker und Amerika-Experte, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Staatsratsvorsitzender	Der Staatsrat der DDR wurde 1960 nach dem Tod des ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, als Gremium geschaffen. Er war die völkerrechtliche Vertretung der DDR, faktisch ausgeübt durch die Person des Staatsratsvorsitzenden.
Verfassung der DDR	Die Verfassung der DDR von 1968 in der Fassung von 1974

Aufgabenteil

- Arbeiten Sie aus der Eingabe heraus, wie die Frauen ihr eigenes Selbstverständnis und ihre Aufgabe darstellen.
- Recherchieren Sie, welche Bedingungen der Wehrdienstverweigerung es in der DDR gab.
- Wie stehen Sie dazu, dass Frauen heute Soldatinnen sein können? Bedenken Sie bei Ihrer Antwort die entsprechenden Gegenargumente gegen den Wehrdienst von Frauen aus der Eingabe.

2. Dokumente über die oppositionelle Gruppe „Frauen für den Frieden“

Vorschlag zum Anlegen eines zentralen operativen Vorgangs, 12.6.1985 (Blatt 1/2)

Hauptabteilung XX/2

Berlin, 12. Juni 1985

Vorschlag

zum Anlegen des ZOV „Wespen“

Es wird vorgeschlagen, [...] gegen die Mitglieder sogenannter Frauenfriedensgruppen in der DDR einen Zentralen Operativen Vorgang wegen des Verdachts der Begehung von Straftaten gemäß §§ 100, 106, 107, 218, 219, 220 StGB anzulegen.

Einschätzung der bisherigen Ergebnisse der operativen Bearbeitung von Frauengruppen

Im Oktober/November 1982 wurde durch die Personen

Bohley, Bärbel
erfasst für BV Berlin, Abt. XX
im OV „Bohle“

Poppe, Ulrike
erfasst für Abt. XX/2 im OV „Zirkel“

und

Havemann, Annedore
erfasst für HA XX/9 im OV „Leitz II“

eine Unterschriftensammlung für eine provokatorische Eingabe an den Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Genossen Erich Honecker, initiiert, die sich gegen das Wehrdienstgesetz der DDR richtete.

Bei den Inspiratorinnen/Organisatorinnen dieser Aktion handelt es sich um Frauen, die wegen fortgesetzter feindlich-negativer Handlungen bereits zu diesem Zeitpunkt vom MfS operativ bearbeitet wurden. Diese Frauen, von gegnerischen Kräften aus der BRD/Westberlin und aus anderen kapitalistischen Staaten als Stützpunkt zur Organisation politischer Untergrundtätigkeit in der DDR aufgebaut, bildeten im Ergebnis der Unterschriftensammlung unter Missbrauch des weltweiten Kampfes gegen die zu dieser Zeit immer bedrohlicher werdenden Raketenstationierung in Westeuropa in Berlin und Halle die ersten sogenannten Frauenfriedensgruppen in der DDR.

Diese Aktivität ordnet sich nahtlos in die Versuche des Gegners zur Suche, Sammlung und Zusammenführung feindlich-negativer Personen mit dem Ziel der Forcierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR ein. [...]

Zur Zeit existieren in der DDR 15 Frauenfriedensgruppen [...] Zwischen den einzelnen Gruppen bestehen teilweise erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Grades der Organisiertheit, der Anzahl der Mitglieder und deren sozialen Stellung.

Gemeinsam ist jedoch allen Gruppen die Ablehnung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Aus dieser Tatsache heraus resultieren die Aktivitäten der einzelnen Gruppen, die sich gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR, insbesondere gegen die Friedens- und Verteidigungspolitik, richten. Weitere Angriffe richten sich gegen das Bildungswesen sowie die staatliche und rechtlich anerkannte und praktizierte Gleichberechtigung der Frau im Sozialismus. [...]

Eine wesentliche Rolle für den Austausch von Informationen und die Ankündigung von Kontaktpartnern der „Grünen“, der Alternativen Liste Westberlins sowie von westeuropäischen Friedensbewegungen spielen die ehemaligen DDR-Bürger Jürgen FUCHS und Roland JAHN. Ausführliche Telefonate zwischen der POPPE und dem JAHN beweisen, dass neben der Ankündigung auch eine Auswertung derartiger Zusammenkünfte sowie eine Abstimmung über das weitere gemeinsame Vorgehen vorgenommen wird.

2. Dokumente über die oppositionelle Gruppe „Frauen für den Frieden“

Vorschlag zum Anlegen eines zentralen operativen Vorgangs, 12.6.1985 (Blatt 2/2)

Bezeichnend sind Versuche des JAHN, Mitglieder der Frauengruppe und andere feindlich-negative Personen aus der DDR in Konferenzen der westeuropäischen Friedensbewegung einzubeziehen, deren Inhalt sich insbesondere gegen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft der sozialistischen Länder richtet.

Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen hatten JAHN und FUCHS maßgeblichen Anteil an der Veröffentlichung der von DDR- und CSSR-Oppositionellen unterzeichneten gemeinsamen Erklärung in westlichen Massenmedien. [...]

Zielstellung des ZOV

Mit dem Anlegen des ZOV werden folgende grundsätzliche Ziele zur Aufklärung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung von Plänen und Absichten der Frauengruppen verfolgt:

1. Durch die Entwicklung der inoffiziellen Arbeit [...] ist es gelungen, die politisch-operative Situation in der genannten Frauengruppierung richtig einzuschätzen. [...] Unter Nutzung der Bestrebungen der Bohley und der Poppe zur Erweiterung ihres Einflusses ist die inoffizielle Basis der Berliner Frauengruppe zu verbreitern.
2. [...] Den Bezirksverwaltungen ist bei der Entwicklung der IM-Basis durch die HA XX Hilfe und Anleitung zu geben.
3. Es sind konsequent alle Versuche dieser Gruppierungen zu unterbinden, sich überregional zusammenzuschließen und entsprechende Organisationsformen und Strukturen aufzubauen. Dabei sind alle geeigneten rechtlichen Mittel anzuwenden. [...]
4. Alle Versuche in der Öffentlichkeit wirksam zu werden, aus dem Rahmen der kirchlichen Einbindung herauszutreten, sind durch die Einbeziehung der Kirchenleitungen und Disziplinierungsmaßnahmen zu unterbinden. [...] Im Falle der Gruppierung „Frauen für den Frieden – Berlin“ sind kirchenrechtliche Amtsträger zu einer eindeutigen und endgültigen Stellungnahme hinsichtlich des Status der Gruppe zu veranlassen. Abhängig von dieser Entscheidung wird entweder über die Kirchenleitung disziplinierender Einfluss ausgeübt oder der Gruppe wird durch staatliche Entscheidungen jegliche Möglichkeit für ein öffentlichkeitswirksames Auftreten entzogen.
5. Alle Verbindungen dieser Gruppierungen ins Operationsgebiet sind aufzuklären und in der Regel zu unterbrechen. [...]
6. Mit Mitgliedern dieser Gruppierungen, die in staatlichen bzw. gesellschaftlichen Einrichtungen beschäftigt sind, ist das ständige politisch-ideologische Gespräch mit dem Ziel zu führen, sie aus den Gruppierungen herauszubrechen. Die dabei erreichten Ergebnisse sind in geeigneter Weise in anderen Gruppierungen zu propagieren.
7. Es gilt, Zersetzungerscheinungen innerhalb von Gruppierungen oder Widersprüche zwischen ihnen umfassend aufzuklären [herauszufinden] und zu forcieren, um ein hohes Maß an Verunsicherung herbeizuführen. [...]

Das Anlegen eines ZOV ist erforderlich, weil die existierenden Frauengruppen zum Verantwortungsbereich mehrerer Dienstseinheiten des MfS gehören. Angesichts dieser Tatsache ist es zweckmäßig, alle Frauengruppen in einem ZOV mit den entsprechenden Teilvorgängen zu bearbeiten, um den Gesamtprozess der komplexen, koordinierten, aufeinander abgestimmten und auf die einheitliche Zielstellung ausgerichteten operativen Bearbeitung besser als bisher zu erfassen. [...]

(Quelle: BStU, MfS, HA XX/9, Nr. 1587/Bl. 61,63,65,66,70,71)

Erläuterungen:

§§ 100, 106, 107, 218, 219, 220 StGB

Paragrafen des Strafgesetzbuchs der DDR wegen „Verbindungsaufnahme“ mit gegen die DDR gerichteten Organisationen oder Personen (§100), gegen „staatsfeindliche Hetze“ (§106), gegen „staatsfeindliche Gruppenbildung“ (§107), gegen „Vereinsbildung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ (§218), gegen „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ zu Gegnern der staatlichen Ordnung der DDR (§219), und gegen „Staatsverleumdung“ (§220). Alle diese Straftaten zogen Freiheitsstrafen nach sich.

2. Dokumente über die oppositionelle Gruppe „Frauen für den Frieden“

Vorschlag zum Anlegen eines zentralen operativen Vorgangs, 12.6.1985

Alternative Liste Westberlin	Seit 1978 politische Partei in West-Berlin, 1993 in „Bündnis 90/Die Grünen“ aufgegangen
BV	Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit
Jürgen Fuchs und Roland Jahn	Jürgen Fuchs (1950-1999), oppositioneller Schriftsteller in der DDR, nach seiner Verhaftung wegen „staatsfeindlicher Hetze“ 1977 zum Verlassen der DDR gezwungen und aus der Bundesrepublik gegen die DDR-Regierung aktiv. Roland Jahn, geb. 1953, SED-Gegner und Bürgerrechtler, 1983 Mitbegründer der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena, im selben Jahr zwangsausgebürgert. Unterstützte als Journalist vom Westen aus die DDR-Opposition.
Hauptabteilung XX	Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS/Stasi), u.a. zuständig für die Überwachung von Staatsapparat, Kultur, Kirche und Untergrund
Operativer Vorgang (OV)	heimliches Ermittlungsverfahren der Stasi
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang, zentral geführter und ausgewerteter OV

Aufgabenteil

- Ordnen Sie den Bericht in die Zeitgeschichte ein.
- Arbeiten Sie die politische Selbstwahrnehmung der DDR-Regierung bzw. der Stasi heraus. Stellen Sie diese der Zielsetzung der Aktivitäten der „Frauen für den Frieden“ gegenüber.
- Formulieren Sie mit eigenen Worten die Punkte der „Zielstellung“ des ZOV gegen die Frauen.
- Argumentieren Sie, weshalb die Frauengruppen der Regierung/der Stasi gefährlich erschienen.

Zusatzaufgabe

- Krieg und Terrorismus bedrohen heute den Frieden an vielen Orten der Welt. Welche Maßnahmen gegen Kriege und welche Unterstützung für den Frieden fänden Sie sinnvoll und angemessen?

